**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

**Band:** 241 (1968)

**Rubrik:** Weltchronik

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Weltchronik

(Vom 1. Juni 1966 bis 10. Juni 1967)

Im Rückblick auf das abgelaufene Jahr lassen sich, was das *Ausland* betrifft, zwei Brennpunkte des Geschehens klar erkennen: der Konflikt in Vietnam und die Krise im Nahen Osten. Wiederum gelang es in Vietnam weder dem kommunistischen Vietcong im Norden noch den Armeen Südvietnams, eine Entscheidung zu erzwingen. Aus europäischer Sicht ist es fast nicht möglich, sich ein zuverlässiges Bild über die Geschehnisse in Vietnam zu machen. Sicher ist bloss, dass es dort schon lange nicht mehr um eine interne Auseinandersetzung, also gewissermassen um einen Hausstreit oder Bürgerkrieg geht. Was sich abspielt, ist ein Kampf der Ideologien, ein Kampf des kommunistischen Bekenntnisses gegen das liberale, freiheitliche in dem Sinn, wie wir Freiheit verstehen. Hinter dem Vietcong stehen in erster Linie die Chinesen, die mit gewaltigen Waffen- und Materiallieferungen aufwarten. China machte aber gerade im abgelaufenen Jahr offensichtlich eine schwere innere Krise durch. Die sogenannte «Proletarische Kulturrevolution» stürzte das riesige Land in erhebliche Schwierigkeiten. Die «Roten Garden» wandten sich gegen alles, was auch nur entfernt nach alter Tradition oder Kultur roch. Ein ungeheures Nationalbewusstsein ist im Entstehen begriffen und wird von den Drahtziehern in den Parteispitzen nach Kräften gefördert. Dazu kommen interne Machtkämpfe zwischen den Parteiführern. Das alles bringt wohl eher eine momentane Schwächung im Auftreten Chinas nach aussen mit sich. Die Sowjetunion erfasste diese Gelegenheit und verstärkte ihren Einfluss auf den Konflikt in Vietnam durch Lieferungen von Kriegsmaterial nach dem Norden des Landes. Auf der andern Seite, im Süden, stehen die Amerikaner, die ebenfalls, und zwar gezwungenermassen, ihren Beitrag an den Krieg schrittweise verstärken. Was mit der Lieferung von Kriegsgerät aller Art und der Entsendung von Beobachtern und Beratern begonnen hatte, hat sich heute zu einem veritablen Kriegsunternehmen entwickelt. Über 300000 Amerikaner kämpfen zur Zeit in Vietnam. Beträchtliche Verluste an Menschen und an Material, insbesondere an Flugzeugen, sind zu verzeichnen. Die Bombardierungen Nordvietnams haben ein Ausmass erreicht, das dasjenige der Bombardierungen Deutschlands im zweiten Weltkrieg übersteigt. Trotz diesen ungeheuren Anstrengungen von beiden Seiten gelingt es offensichtlich keiner Partei, einen entscheidenden Sieg zu erringen. Vergleiche drängen sich auf; einmal der Vergleich zum spanischen Bürgerkrieg im Jahre 1936, der als interne Auseinandersetzung zwischen Spaniern begonnen und als Hauptprobe der Grossmächte auf einen zweiten Weltkrieg, ausgetragen auf dem Buckel des unglücklichen Spanien, geendet hatte. Dann aber auch der Vergleich zum Krieg in Algerien, in dem es der zahlenmässig überlegenen und besser ausgerüsteten französischen Armee in jahrelangen Kämpfen nicht gelang, die Algerier in die Knie zu zwingen. Ein Waffenstillstand in Vietnam wird kommen müssen, denn auf die Dauer lassen sich Anstrengungen wie die gegenwärtigen von beiden Seiten kaum durchhalten. Man hat die Ansicht geäussert, dass die Chance eines solchen Waffenstillstandes desto grösser werde, je mehr der russische Einfluss in Nordvietnam gegenüber dem chinesischen sich durchsetze. Diese, wohl etwas spekulative, aber nicht an den Haaren herbeigezogene Meinung zeigt so recht, wie stark sich die Gewichte in der Auseinandersetzung West–Ost in letzter Zeit verschoben haben. Sprach man früher vom Osten, so wusste jedermann, dass die Sowjetunion gemeint war. Heute steht als Vertreter des Ostens China im Vordergrund.

* * *

Die heikle Stellung, in der sich die Sowjetunion angesichts der ihr aus China drohenden Gefahr heute befindet, zeigte sich auch beim Konflikt im Nahen Osten, der zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen noch andauert. Dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser, der die vor Jahren im Sinai-Feldzug gegen Israel erlittene Niederlage nie verschmerzt hat, gelang es, die Araber zum «Heiligen Krieg» gegen die Israelis aufzuhetzen. Er hatte die Zwischenzeit ausgenützt, um mit fremder Hilfe – leider auch schweizerischer – seine Armee aufzupolieren, und glaubte sich im Mai 1967 stark genug, um Israel angreifen zu können.

Als erstes verlangte er die Entfernung der UNO-Truppen, die zur Verhinderung von Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Ländern seit längerer Zeit dort stationiert waren. Zur allgemeinen Überraschung beeilte sich der im Dezember für eine neue Amtsdauer wiedergewählte UNO-Generalsekretär, der Burmese U-Thant, diesem Begehren zu entsprechen. Was geschehen musste, geschah. Der offene Krieg brach aus, und Ägypten, Syrien und Jordanien stürzten sich auf das kleine Israel. Dort hatte man aber seit dem letzten Krieg nicht auf den Lorbeeren ausgeruht. Die Armee war nochmals verbessert und modernstes Material angeschafft worden. Die Ausbildung der Armee war schon immer hart gewesen, und die Bereitschaft, das eigene Land nicht kampflos preiszugeben, blieb wach. In einem Feldzug von wenigen Tagen wurden die Ägypter zurückgeworfen, und auch Syrien und Jordanien bekamen die Überlegenheit und Entschlossenheit der Israelis zu spüren. Als der Sicherheitsrat der UNO in einer einstimmigen Resolution zum Waffenstillstand aufforderte, war der Krieg schon fast vorüber. Gerade in dieser einstimmigen Resolution zeigte sich nun aber die oben erwähnte veränderte Stellung der Sowjetunion. Obwohl sie hinter den Arabern stand und das auch mit ihren Materiallieferungen bewiesen hatte, stimmte sie der Resolution zu, offensichtlich in der Erkenntnis, dass Politik die Kunst des Möglichen ist; denn sie konnte es sich in diesem Augenblick nicht leisten, es auf einen offenen Bruch mit den übrigen Nationen im Sicherheitsrat ankommen zu lassen. Wenige Tage nach dem Waffenstillstand brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen mit Israel ab mit der Begründung, Israel habe sich nicht rechtzeitig an den Waffenstillstand gehalten. Ob es sich hier um ein vorübergehendes Manöver handelt, um das Gesicht zu wahren, bleibt abzuwarten. Zurzeit haben nun wieder die Politiker und die Diplomaten das Wort. Wenn es auch nicht sehr wahrscheinlich ist, dass ihren Bemühungen ein dauernder Erfolg beschieden ist, so ist das noch kein Grund, nicht darauf zu hoffen und ihn sehnlich zu wünschen. Mancher Schweizer wird sich angesichts der Leistungen der israelischen Armee im stillen gesagt haben, dass auch wir mit unserer Politik, eine schlagkräftige Armee zur Verteidigung unseres Landes zu unterhalten, trotz allen Friedensschalmeien auf dem rechten Weg sind.

Roger Bonvin
Bundespräsident für das Jahr 1967
Photopress-Bilderdienst, Zürich

* * *

Kehren wir nun zurück nach Europa. In *Deutschland* brachte das abgelaufene Jahr wesentliche Veränderungen. Die Regierung des Bundeskanzlers Erhard erlitt im November eine erste parlamentarische Niederlage, nachdem sie schon während des ganzen Jahres unter schwerem Beschuss der öffentlichen Meinung gestanden hatte. Nicht zuletzt war es ein ausgeprägter wirtschaftlicher Rückschlag, der die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung Erhard herbeiführte. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, eben Professor Erhard, seinen Abschied unter solchen Verhältnissen nehmen musste. Sein Nach-

folger wurde der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger, der, wie Erhard, der Christlich-Demokratischen Union angehört. Er verbündete sich mit den Sozialdemokraten, der zweitstärksten Partei im Lande, zur sogenannten grossen Koalition. Der Sozialdemokrat Willy Brandt, berühmt geworden als Bürgermeister des geteilten Berlin, wurde Aussenminister, während der zähe Bayer Franz Josef Strauss das Finanzministerium erhielt. Dass ein seinerzeit im Zusammenhang mit Bestechungsaffären als Heeresminister zum Rücktritt gezwungener Mann als Finanzminister wieder auftaucht, gehört offenbar zu den Wechselfällen der Politik. In seiner Regierungserklärung betonte Kiesinger die Freundschaft mit Frankreich und kündigte eine Neuüberprüfung der Beziehungen zum Osten an. In der Tat nahm dann die Bundesrepublik die politischen Beziehungen zum Beispiel zu Rumänien wieder auf, und auch mit anderen Oststaaten scheinen sich die Kontakte zu bessern. Ungelöst ist nach wie vor die Frage des Verhältnisses zu Ostdeutschland. – Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern wohl überall in Europa wurde die Nachricht vom Tode Konrad Adenauers mit Bedauern aufgenommen. Adenauer, der ein Alter von über 91 Jahren erreichte, starb am 19. April in seinem Heim in Röhndorf. Er hatte ein bewegtes Leben hinter sich. 1917 wurde er Oberbürgermeister von Köln. Die Nazis setzten ihn 1933 ab, und 1945 beriefen die Alliierten den nun schon 69jährigen wieder in dasselbe Amt. Wie turbulent die Zeiten damals waren, zeigt sich darin, dass dieselben Alliierten ihn kurz darauf «wegen Unfähigkeit» wieder absetzten! Mit 73 Jahren wurde er 1949 zum ersten Bundeskanzler der Nachkriegszeit ernannt. Bis 1963 übte er dieses Amt aus, und ihm ist wohl in erster Linie die Stellung zu verdanken, die sich das durch zwölf Jahre Naziregime und den Krieg so schwer angeschlagene Land wieder hat erarbeiten können.

* * *

In *England* bemühte sich die Labour-Regierung Harold Wilsons hartnäckig um eine wirtschaftliche Gesundung des Landes. Wilson scheute dabei nicht vor unpopulären Massnahmen zurück. So erliess er am 20. Juli 1966 einen einjährigen Preis- und Lohnstopp, wobei namentlich der Lohnstopp in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, die ja politisch Labour nahestehen, nicht gerade gern gesehen wurde. Aber auch seine Gegner, die Konservativen, hielten nicht mit Kritik hinter dem Berg und nannten Wilson den unehrlichsten Mann, den die Briten zu ihrem Unglück jemals in das höchste Amt im Lande gewählt hätten. Diese Töne liessen die in England auch in der Politik sonst übliche Fairness vermissen und schufen den Konservativen kaum neue Freunde. Zudem hatten sie sich, als sie noch am Ruder waren, keineswegs darüber ausgewiesen, dass sie das Regieren besser verstehen als ihre Gegner. Wilson sieht das wirtschaftliche Heil seines Landes im Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur EWG. Nach einer Tournee bei den Regierungen der EWG-Länder ermächtigte ihn das Parlament, ein Beitrittsgesuch zu stellen. Die Voraussetzungen für einen Beitritt Grossbritanniens sind heute wohl günstiger als im Jahre 1963, wo die Konservativen die gleiche Absicht verwirklichen wollten. Aber auch heute ist das grösste Hindernis Frankreich, oder genauer ausgedrückt de Gaulle, der recht ungnädig von dem Beitrittsgesuch Kenntnis nahm. Gelingt England der geplante Schritt, so sind wohl die Tage der EFTA, der die Schweiz angehört, gezählt. – Schliesslich sei noch das Ereignis erwähnt, das in den Augen vieler Briten das wichtigste im abgelaufenen Jahr war, nämlich die Erringung der Weltmeisterschaft im Fussball durch die englische Mannschaft. Dass zudem eine schottische Mannschaft, Celtic Glasgow, den Cup der europäischen Meister gewann, trug mit dazu bei, dass sich wenigstens auf einem Gebiet Grossbritannien wieder als Weltmacht fühlen darf.

* * *

In *Frankreich* scheint der Stern de Gaulles eher im Sinken zu sein. Das zeigte sich insbesondere in den Frühjahrswahlen, in denen zwar die gaullistische Regierungsmehrheit nicht gebrochen, aber doch reduziert wurde. Gewinner waren in erster Linie die Kommunisten. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass nach dem Tode de Gaulles seine Partei einen sehr schweren Stand haben wird. De Gaulle hat es nicht verstanden, einen Nachfolger «aufzubauen», und man wird den Eindruck

nicht los, dass viele Franzosen zwar immer noch hinter de Gaulle, aber kaum mehr hinter seiner Partei stehen. De Gaulle selbst scheint die Last seiner 77 Jahre nicht sehr zu spüren. So reiste er im Juni nach Russland und absolvierte dort ein anstrengendes Programm, das u.a. die Teilnahme am Schauspiel eines Satellitenabschusses enthielt. In einer Rede in Moskau bekannte er sich zum Westen, was in Europa einen positiven Eindruck hinterliess; denn kurz vorher hatte er die französische Mitarbeit in der NATO, dem 1949 geschlossenen Nordatlantikpakt zur Verteidigung des Westens, auf Ende Juni 1966 aufgekündigt. Das hatte zur Folge, dass in aller Eile in Casteau (Belgien) ein neues Hauptquartier der NATO aus dem Boden gestampft werden musste. Im September begab sich de Gaulle auf eine dreiwöchige Weltreise, rief in Vietnam die USA zum Rückzug auf und wohnte im Pazifik einem französischen Atomversuch bei.

Ein ungewohnter Anblick des Nationalratssaals. Hier tagte Ende 1966 der Kongress der internationalen Organisation zur Verbrechensbekämpfung (Interpol).
Photo W. Nydegger, Bern

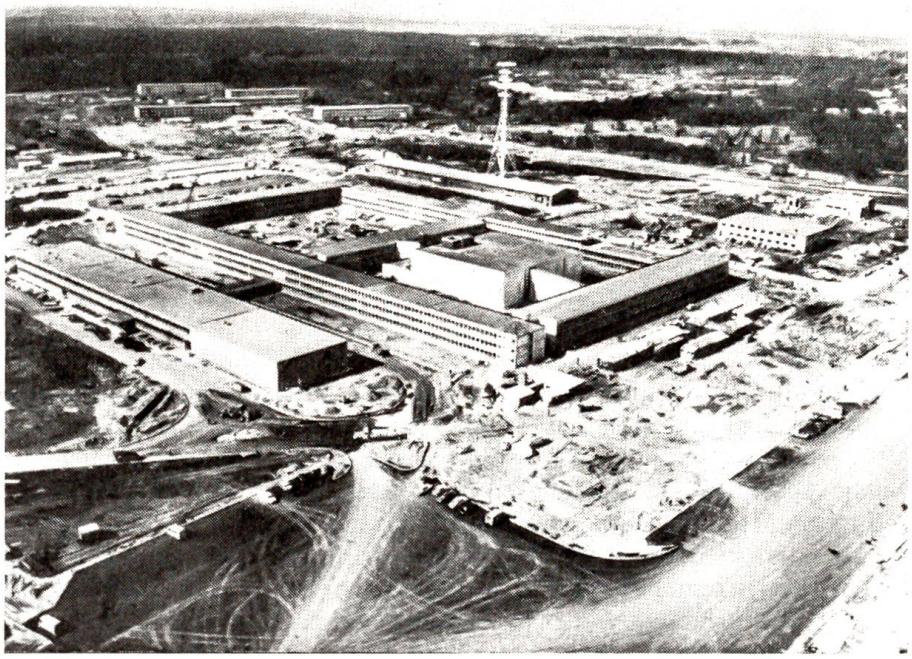
* * *

Zum Schluss sei in Stichworten noch auf wichtige Ereignisse in verschiedenen Ländern hingewiesen. In *Spanien* wurde eine von General Franco vorgeschlagene Verfassungsänderung, die er wohl im Hinblick auf seinen Rücktritt oder sein Ableben hatte ausarbeiten lassen, mit 96% der abgegebenen Stimmen gutgeheissen. Ob die Royalisten unter diesen Umständen je wieder eine Chance haben, aus Spanien ein Königreich zu machen, ist mehr als fraglich. – *Italien* kämpfte gegen eine sinkende Beschäftigungslage seiner Industrie und erlebte seine bald traditionelle Regierungskrise, diesmal veranlasst durch die Landwirtschaftspolitik. – *Griechenland* wurde im Frühjahr durch eine Militärrevolte erschüttert, doch konnte bisher König Konstantin seine Stellung behalten. Man hat aber den Eindruck, dass er gegenwärtig von der Gnade oder Ungnade der militärischen Führer abhängig ist und dass weitere Überraschungen nicht ausgeschlossen sind. – Wie England liebäugelt auch *Österreich* mit einem Beitritt zur EWG. Ein offizieller Besuch Bundesrat Spühlers in Wien galt neben der Behandlung von Fragen der Neutralitätspolitik auch diesem Problem und führte in österreichischen Regierungskreisen zu einer gewissen Verstimmung, da offenbar die Ansichten der beiden Regierungen auseinandergehen. Österreich bemüht sich im übrigen sehr aktiv, internationale Organisationen an sich zu ziehen. So wurden dem Weltpostverein für den Fall seiner Sitzverlegung nach Wien günstige Bedingungen in Aussicht gestellt; aber auch an anderen Organisationen zeigt sich Österreich interessiert, wohl in der Absicht, aus Wien ein zweites Genf zu machen. – In den *Vereinigten Staaten* schliesslich errangen die Republikaner bei den sogenannten Mid-Term-Wahlen, d.h. den Wahlen ins Repräsentantenhaus und in den Senat,

die in der Mitte der Amtsdauer des Präsidenten stattfinden, wesentliche Erfolge. Immer mehr wächst sich die Vietnampolitik Präsident Johnsons zu einer Quelle der Diskussion und der Meinungsverschiedenheiten aus.

* * *

Seit einer ganzen Reihe von Jahren schon hat der Chronist in den Übersichten, die er über das Geschehen in der *Schweiz* zu geben pflegt, die Stichworte Konjunktur und Teuerung an die Spitze gestellt, ja stellen müssen. Man möge es ihm verzeihen, wenn er auch dieses Jahr wieder gleich handelt; denn nach wie vor sind die grossen Probleme, die sich uns stellen, direkt oder indirekt mit diesen zwei Begriffen verbunden. Fast hat man sich daran gewöhnt, die Konjunktur als etwas Unerfreuliches, als Sündenbock für alles und jedes anzusehen, mit dem man nicht einverstanden ist. Es wäre doch wohl nicht abwegig, wenn man wieder mehr zur Einsicht käme, dass wir alle der Konjunktur viel verdanken: sichere Arbeitsplätze in beinahe verschwenderischer Auswahl, menschenwürdiges Dasein für weitaus die überwiegende Anzahl der Bewohner unseres Landes, Bildungsmöglichkeiten wie kaum je zuvor, erfreuliche Zukunftsaussichten für nahezu alle, die willens und fähig sind, gute Arbeit zu leisten. Diese positiven Auswirkungen der Konjunktur gilt es immer wieder zu bedenken, wenn man sich mit den Schattenseiten unserer hektischen wirtschaftlichen Entwicklung befasst. Unbestritten ist, dass das Bild der Hochkonjunktur solche Schattenseiten aufweist, und da ist eben auch die Teuerung zu nennen. Auch im Berichtsjahr wurde man ihr nicht Meister. Der Lebenskostenindex, der über das Ausmass der Teuerung Auskunft gibt, wurde im September 1966 auf eine neue Basis gestellt, weil die aus dem Jahre 1939 stammenden Grundlagen durch die Entwicklung der vergangenen 27 Jahre überholt worden waren. Im Rückblick zeigt sich, dass uns das Berichtsjahr eine Teuerung von 3,6 % gebracht hat, also immerhin weniger als die 5,4 % des Vorjahres. Sicher ist dieser Rückgang zum Teil nur ein scheinbarer, weil sich die neue Berechnungsart eher senkend auswirkt; diese entspricht aber bestimmt besser den wirklichen Verhältnissen als die alte und ist somit aussagekräftiger. Dann hat sich aber doch im Berichtsjahr gezeigt, dass der himmelstürmende Schwung der Hochkonjunktur gebrochen ist und dass eine ruhigere Entwicklung eingesetzt hat. Die Massnahmen des Bundesrates gegen die Überfremdung haben sich in einem spürbaren Rückgang der ausländischen Arbeitskräfte ausgewirkt; der Arbeitsvorrat in unseren Industriebetrieben ist im allgemeinen rückläufig, und namentlich im Baugewerbe, und zwar im Hoch- wie im Tiefbau, wird manchenorts gar schon über Mangel an Aufträgen geklagt. Gerade im Baugewerbe sind denn auch die Preise nicht nur nicht mehr gestiegen, sondern eher gefallen, so dass heute grössere Bau-



Das neue Hauptquartier der NATO in Casteau in Belgien
Photopress-Bilderdienst, Zürich

vorhaben zu Preisen verwirklicht werden können, die in den ersten sechziger Jahren Geltung hatten. Einen Hinweis auf eine Abkühlung der überhitzten Konjunktur mag auch die Zahl der Konkurse in der Schweiz geben. Sie stieg von 1965 auf 1966 um mehr als 10 % auf 705 an.

* * *

Im Berichtsjahr ist der Hypothekarzins in der Schweiz weiter gestiegen. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung interessant, dass in kaum einem Land die hypothekarische Verschuldung so hoch ist wie in der Schweiz. Während die Schweiz pro Kopf der Bevölkerung Hypothekarschulden von Fr. 10700.– ausweist, sind es zum Beispiel in Schweden nur Fr. 8500.–, in den USA Fr. 7500.–, in Deutschland Fr. 2600.–. Man wäre versucht zu glauben, die Verschuldung sei in der Schweiz nur deshalb so hoch, weil sie eben ein kleines Land ist. Dass das nicht der Grund ist, zeigen die Zahlen aus Holland (Fr. 2900.–) und vor allem aus Österreich und Belgien mit Fr. 700.– bzw. Franken 600.– pro Kopf! Es ist deshalb kein Wunder, dass in der Schweiz die Höhe des Hypothekarzinsfusses seit eh und je eine Frage ersten Ranges war, weil praktisch jedermann das Steigen oder Sinken dieses Zinses am eigenen Leib erfährt: der Mieter an den Mietzinsen, der Pächter an den Pachtzinsen, der Eigentümer an seinen Hypotheken, der Sparer und der Rentner, weil vom Hypothekarzinsfuss auch der Zins auf Sparheften, Kassenscheinen und Obligationen abhängt, der Landwirt und der Industrielle. Dadurch spielt die Frage natürlich auch in die Politik hinein, so dass man den Hypothekarzins zu Recht als einen «politischen Zins» zu bezeichnen pflegt. Ein Vergleich mit andern Ländern zeigt, dass auch heute noch die Schweiz einen sehr niedrigen Hypothekarzinsfuss aufweist. Während zurzeit bei uns für erste Hypotheken $4^3/_4$ bis 5% Zins bezahlt werden, sind es z.B. in Schweden und den USA $6\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}$%, in Holland $7^3/_4$% und in Deutschland gar 8 bis 9 %. Mit Bezug auf die Rückzahlung (Amortisation) der Hypotheken bestehen von einer Landesgegend zur andern erhebliche Unterschiede. In der Westschweiz und im Tessin waren Ende 1965 98 % aller Hypothekarschulden bei den Kantonalbanken amortisationspflichtig, im Kanton Bern waren es 82%, in der Nordschweiz 42% und in der Ostschweiz gar nur 6%.

*Hermann Geiger abgestürzt*

Der weltberühmte Gletscherpilot, der über 23000 Gletscherlandungen und fast 1900 Rettungsoperationen vom Flugzeug aus durchgeführt hatte, fiel am 26. August 1966 bei einem einfachen Schulflug einem Zusammenstoss mit einem Segelflugzeug zum Opfer.
Photo W. Nydegger, Bern

Weshalb diese Ausführungen? Der enorme Geldbedarf in der Schweiz, namentlich für Strassen, Schulen, Kanalisationen und Kläranlagen, industrielle und Wohnungsbauten, hat eine Geldknappheit zur Folge. Der Gedanke liegt deshalb nahe, das in den Hypotheken festgefrorene Geld wieder aufzutauen, mit anderen Worten, die Schuldner zu veranlassen, auch auf ersten Hypotheken Rückzahlungen zu leisten. Schon liegt ein diesbezügliches Postulat vor dem Nationalrat,

und das Problem wird wohl nicht zur Ruhe kommen, wenn die Geldknappheit anhält.

* * *

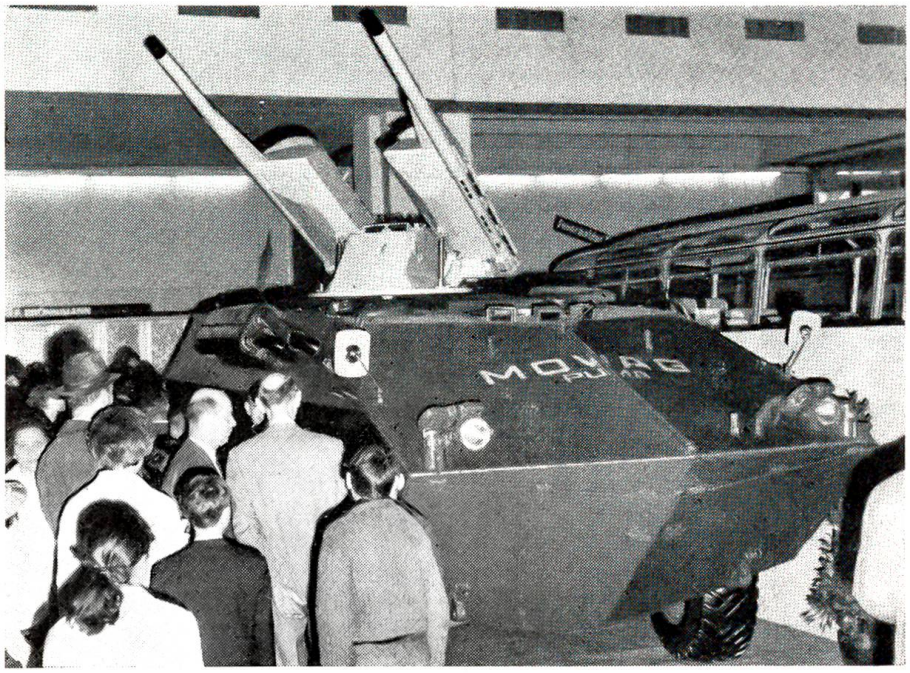
Ob die Geldknappheit anhalten wird, lässt sich kaum sicher voraussagen. Dass aber der Geldbedarf nicht kleiner werden wird, mag am Beispiel unserer Hochschulen gezeigt werden. Das Berichtsjahr bildet einen Markstein in der schweizerischen Hochschulpolitik, trat doch im Oktober 1966 eine Übergangsregelung in Kraft, die die finanzielle Unterstützung der kantonalen Hochschulen durch den Bund zum Gegenstand hatte. Die bestehenden neun Hochschulen – mit Ausnahme der ETH – wurden bis zum Herbst 1966 allein von den Kantonen unterhalten. Schon 1946 war die Frage im Nationalrat aufgetaucht, ob nicht angesichts der steigenden Belastungen, die die Universitätskantone auf sich zu nehmen hätten, eine Finanzhilfe des Bundes angezeigt wäre. Man lehnte das aber damals ab, wohl auch deswegen, weil die Kantone eifersüchtig über ihre Freiheiten wachten. Als sich aber die Studentenzahlen immer stürmischer entwickelten, als die Forschung und der Unterricht immer aufwendiger wurden, besann man sich eines Besseren. 1964/1965 waren bereits über 30000 Studierende eingeschrieben, und man rechnet mit einer Verdoppelung dieser Zahl bis zum Jahre 1978. Die vom Bundesrat im Jahr 1962 eingesetzte Kommission zur Überprüfung einer Bundeshilfe an die Universitäten kam zum Schluss, dass innerhalb von zehn Jahren für die Bedürfnisse der Universitäten ein Bauvolumen von 10–11 Millionen $m^3$ mitsamt allen Einrichtungen notwendig würde. Ohne die Bedürfnisse der ETH lassen sich daraus Kosten von rund 800 Millionen Franken, errechnen, ein Betrag, den die Universitätskantone ohne Zweifel nicht mehr selber aufbringen können. Da die Sache eilte, entschloss man sich für die Jahre 1966 bis 1968 zu einer Übergangslösung um in dieser Zeit eine definitive Formel für die Bundeshilfe zu suchen. Für 1967 machen die Bundesbeiträge 65 Millionen, für 1968 90 Millionen Franken aus.

* * *

Über die Bundesfinanzen und namentlich über die dringende Notwendigkeit, den Strom der Bundessubventionen einzudämmen, hat sich der Chronist im letzten Bericht ausführlich geäussert. Das vergangene Jahr war durch zwei Ereignisse gekennzeichnet, nämlich durch die Veröffentlichung des Berichtes über die allgemeine Überprüfung der Bundessubventionen und durch einen Alarmruf des Vorstehers des Eidgenössischen Finanzdepartements über den Stand der Bundesfinanzen. Der Subventionsbericht der nach ihrem Präsidenten genannten Kommission Stocker ist ein ebenso lesenswertes wie erfreuliches Dokument. Die Kommission hat sich ihrer grossen Aufgabe mit sportlichem Schwung – Professor Stocker war nicht vergebens vor etwa 20 Jahren Schweizer Meister im Kugelstossen – und in kurzer Zeit entledigt, ohne in Oberflächlichkeiten abzugleiten. Etwa 140 Millionen Franken Einsparungen an Subventionen erachtet sie als möglich. Dass der Bericht nicht eitel Freude auslösen würde, war zu erwarten, namentlich in jenen Kreisen, die als Direktbetroffene um ihre Zuschüsse bangen mussten. Dem Bundesrat war es möglich, nach den Vorschlägen der Kommission Stocker bereits im Budget 1967 etwa 50 Millionen Franken einzusparen. Rund 48 Millionen entfielen allein auf die Kürzung oder Streichung von Subventionen an die Milchwirtschaft, was allerdings zu Preisaufschlägen auf Milch, Butter und Käse führte.

Der obenerwähnte Alarmruf von Bundesrat Bonvin erfolgte im Juli 1966. Er bezeichnete die Lage der Bundesfinanzen als katastrophal. Ein im Herbst veröffentlichter Bericht der Kommission Jöhr wies ferner eindringlich darauf hin, dass in Zukunft gewaltige Fehlbeträge zu erwarten seien, sorge man nicht für höhere Einnahmen und geringere Ausgaben. Diese richtige Panikstimmung hatte immerhin eine erfreuliche Folge, gelang es doch, für 1967 ein ausgeglichenes Budget aufzustellen. Es wurde ausdrücklich als Übergangsbudget bezeichnet, und der Bundesrat arbeitete in fliegender Hast ein Sofortprogramm für die Gesunderhaltung der Bundesfinanzen aus. Mitten in die teilweise heftigen Diskussionen über Wert oder Unwert dieses Programms platzte dann die Veröffentlichung der Staatsrechnung pro 1965: ein Abschluss, der um 133 Millionen Franken besser war als budgetiert! Allein die PTT-Rechnung, von der man ein Defizit von 53,8 Millionen Franken erwartet hatte, schloss mit einem Über-

schuss von 23,4 Millionen Franken ab, und das, ohne dass die beschlossene Erhöhung der Posttaxen und der Wegfall der Portofreiheit in Kraft getreten waren. Wenn auch zugegeben werden muss, dass Budgets zwar leicht zu erstellen, aber schwer einzuhalten sind, weil die finanzielle Entwicklung auf vielen Gebieten ja nur abgeschätzt und nicht berechnet werden kann, wenn man auch sagen musste, dass der Rechnungsabschluss pro 1965 keinen Fingerzeig für die zukünftigen Abschlüsse bedeuten könne, so kam sich die Öffentlichkeit doch genasführt vor. Die Wirkung dieses Rechnungsabschlusses war denn auch entsprechend; das in aller Eile zusammengestoppelte Sofortprogramm wurde vom Ständerat in der Frühjahrssession zwar angenommen, vom Nationalrat jedoch abgelehnt, so dass es dem Volk nicht zur Abstimmung unterbreitet wurde. Ein Vergleich mit dem berühmten Hornberger Schiessen, das in Süddeutschland im 17. Jahrhundert hätte stattfinden sollen und nicht stattfinden konnte, weil die Hornberger das Pulver vergessen hatten, drängt sich hier auf.



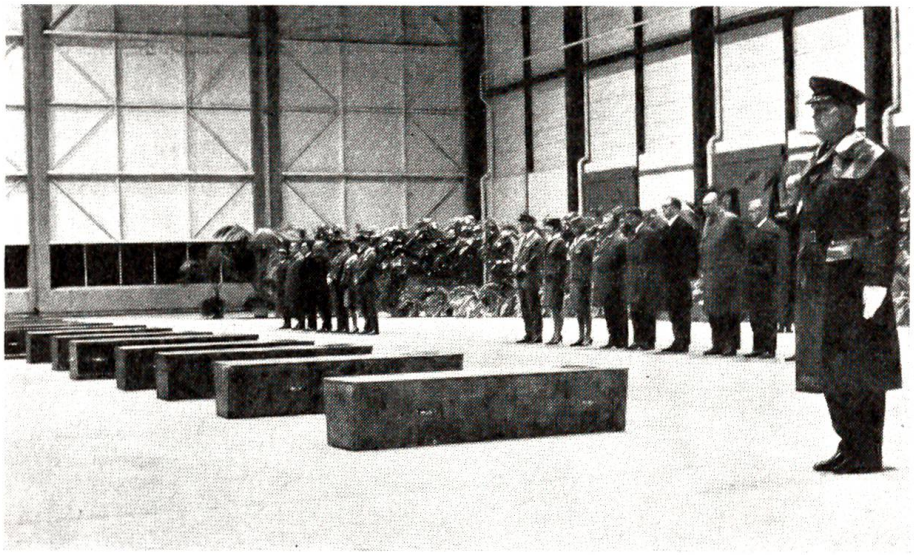

*Kriegsmaterial an der Mustermesse*

Neben einem harmlosen zivilen Autobus war dieses neue Amphibien-Fahrzeug, bestückt mit einem Raketenwerfer, ausgestellt. Ob es wirklich an die Mustermesse gehört?
Photopress-Bilderdienst, Zürich

* * *

Dass das Frauenstimmrecht in der Schweiz im Vormarsch ist, lässt sich nicht leugnen. Einsichtigen Kreisen unseres Volkes ist es klar, dass die Einführung dieses Rechts ein Akt der Gerechtigkeit den Frauen gegenüber ist und dass sie nur eine Frage der Zeit darstellt. Wie alles in der Schweiz will aber auch diese sehr wesentliche Änderung im Grundbestand unserer Rechte erdauert sein. Ein Überblick über den heutigen Stand der Frage zeigt, dass das Welschland geneigter ist, das neue Recht einzuführen, als die Deutschschweiz und dass es in den Städten populärer ist als auf der Landschaft. Die Kantone Genf, Waadt und Neuenburg kennen das Frauenstimmrecht zum Teil schon seit längerer Zeit; Basel-Stadt stimmte im Sommer 1966 zu, und eher überraschend war auch die Landsgemeinde des Kantons Glarus im Mai 1967 bereit, den Frauen wenigstens teilweise das Stimmrecht zu gewähren, und zwar in Kirch-, Schul- und Fürsorgegemeinden. Anläufe im Kanton Zürich und im Kanton Schaffhausen hatten hingegen im Berichtsjahr keinen Erfolg. In beiden Kantonen wurden die entsprechenden Vorlagen recht knapp verworfen, in beiden Kantonshauptstädten sogar angenommen. Die Ja-Stimmen zeigen gegenüber früheren Abstimmungen eine deutlich steigende Tendenz. Im Kanton Bern wird im kommenden Jahr darüber abgestimmt werden, ob den Gemeinden die Einführung des Frauenstimmrechtes freigestellt werden soll.

Nach den negativen Entscheiden die Rückständigkeit der egoistischen Schweizer Männer



*Flugzeugkatastrophe in Nikosia*
Die identifizierten Opfer des Unglücks auf der Insel Zypern wurden in einer Halle des Flughafens Basel aufgebahrt.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

anzuprangern, wäre wohl fehl am Platz. Jahrhundertealte Traditionen werden in der Schweiz nun einmal nicht im ersten Anlauf über Bord geworfen. Es bedarf noch viel sachlicher und geschickter Aufklärungsarbeit, bis die Stimmung auch auf der Landschaft umzuschlagen beginnt. Gewisse Auswüchse, namentlich im Abstimmungskampf in der Stadt Zürich, haben sicher nicht dazu beigetragen, die Frage des Frauenstimmrechts populär zu machen.

* * *

Immer wieder wird über die schlechte Stimmbeteiligung in der Schweiz geklagt. Eine beliebte Ausrede der Stimmfaulen besteht darin, zu erklären, man werde in der Schweiz viel zu häufig für Abstimmungen und Wahlen aufgeboten. Dass das, wenigstens was Bund und Kanton Bern betrifft, eine faule Ausrede ist, zeigt sich darin, dass im abgelaufenen Jahr bloss je eine Abstimmung im Bund und im Kanton stattgefunden hat. Am 16. Oktober wurde im Bund der neue Auslandschweizer-Artikel der Bundesverfassung mit 490992 Stimmen gegen 230415 angenommen. Abgelehnt wurde eine Initiative des Landesrings, die auf dem Umweg über eine erhöhte Besteuerung den Alkoholkonsum in der Schweiz eindämmen wollte (570132 Nein gegen 174882 Ja). – Am 9. April stimmte das Bernervolk fünf Vorlagen zu: der Aufnahme von Obligationenanleihen im Betrag von 300 Millionen Franken, zwei Baukrediten für das Lehrerseminar in Pruntrut und für neue Schwesternhäuser der Heil- und Pflegeanstalt Waldau in Bern, dem neuen Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und dem revidierten Jagdgesetz. Daneben finden natürlich auch Gemeindeabstimmungen und Wahlen statt, die aber auch nicht besonders häufig sind. Zudem werden an den meisten Orten die Abstimmungstermine von Bund und Kantonen auch gleich für Gemeindeabstimmungen ausgenützt, so dass man von einer Überforderung des Stimmbürgers wohl nicht sprechen darf.

* * *

Als Nachfolger von Bundesrat Chaudet wählte die Bundesversammlung am 14. Dezember den Tessiner Anwalt Dr. Nello Celio. Damit gelangte erstmals seit 100 Jahren wieder einmal ein freisinniger Tessiner in die höchste Behörde unseres Landes. Wenn auch das Urteil über das Wahlverfahren diesmal nicht so negativ ausfiel wie bei der Wahl von Bundesrat Gnägi im Jahre 1965, so fehlte es doch nicht an Enttäuschungen und Kritik. Die Enttäuschungen lagen namentlich auf seiten der welschen Miteidgenossen, die durch den Rücktritt von Bundesrat Chaudet nun nur noch einen einzigen Vertreter im Bundesrat haben. Ausgeprägt waren die Enttäuschungen im Waadtland, wurde doch zum erstenmal das ungeschriebene Gesetz verletzt, dass die Waadt einen Anspruch auf einen Bundesratssitz habe, wie übrigens auch Bern und Zürich. Kritik wurde laut im Zusammenhang mit der Departementsverteilung

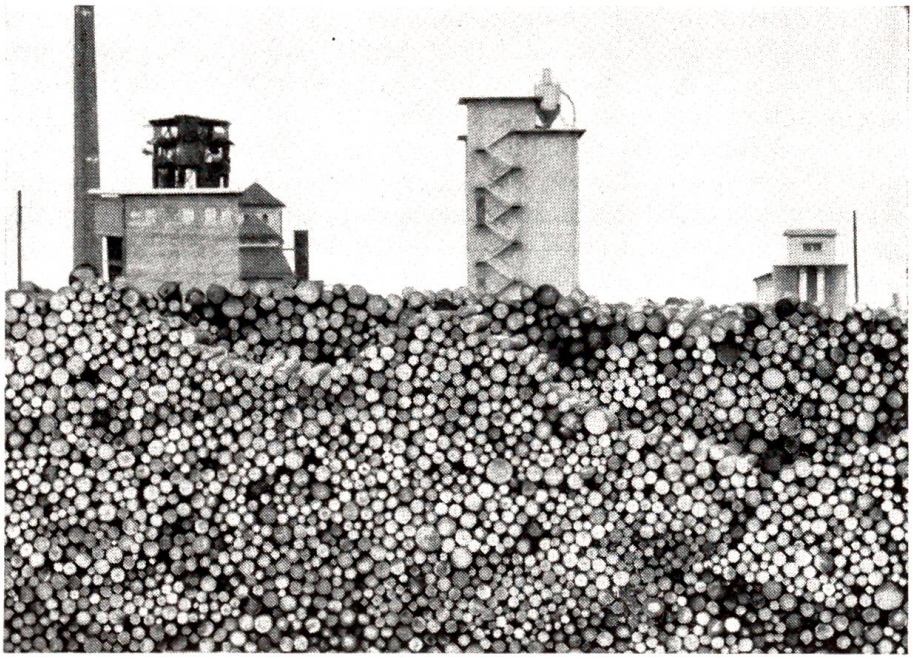
lung, weil dem als Finanzfachmann bestens ausgewiesenen Dr. Celio von seinen Kollegen nicht das Finanzdepartement überlassen wurde. Er musste das unbeliebte und der Kritik besonders heftig ausgesetzte Militärdepartement übernehmen, in das er sich aber mittlerweile bereits ausgezeichnet eingearbeitet hat. Dass nicht ein Stabsoffizier die höchste militärische Würde in der Schweiz bekleidet – Celio ist Oberleutnant – ist zwar aussergewöhnlich, aber nicht einmalig. Unter seinen Vorgängern in diesem Jahrhundert war nur Ludwig Forrer nicht Stabsoffizier. Er war dienstfrei und leitete 1907 das Militärdepartement. Im 19. Jahrhundert finden wir Constant Fornerod, der 1862 und 1864 bis 1866 als Dienstfreier dieses Amt ausübte.

* * *

Im abgelaufenen Berichtsjahr haben sich wieder eine ganze Reihe von Katastrophen ereignet. Besonders hart getroffen wurde der Charterluftverkehr, stürzte doch im April eine Bristol-Britannia der Globe Air, Basel, in Nikosia auf Zypern ab. 126 Tote waren zu beklagen. Zwei Abstürze von britischen Chartermaschinen über dasselbe Wochenende im Sommer 1967 und ein weiterer im September 1966 forderten ebenfalls über 200 Tote. Durch das rasche Aufkommen der Düsenpassagierflugzeuge waren die meisten Linienfluggesellschaften gezwungen, ihren Bestand an ältern Flugzeugen rasch zu verkaufen. Private Charterfluggesellschaften erwarben diese Maschinen für vergleichsweise billiges Geld und wurden damit in die Lage versetzt, preislich überaus vorteilhafte Flugreisen für geschlossene Gesellschaften anzubieten. Wenn man weiss, was sich die grossen Fluggesellschaften den Unterhalt ihrer Linienflugzeuge kosten lassen, so hat man gewisse Zweifel, ob diese Auslagen auch für kleine Gesellschaften des Bedarfsverkehrs tragbar sind. Jedenfalls hatten die erwähnten Abstürze den dringenden Ruf nach vermehrter Überwachung der kleineren Gesellschaften zur Folge. – Als besonders traurig sei noch erwähnt der Absturz eines Kohlenbergs auf ein Schulhaus in Wales, dem 116 Kinder und 18 Erwachsene zum Opfer fielen. – Ein Warenhausbrand in Brüssel, von dem heute noch nicht feststeht, weshalb er ausgebrochen ist, wuchs sich zu einem Unglück kaum je gesehenen Ausmasses aus. Über 300 Menschen konnten sich vor den Flammen nicht mehr retten. – Von einer schweren Katastrophe wurde unser Nachbarland Italien betroffen. Gewältige Überschwemmungen verwüsteten im November ganze Landstriche, namentlich in der Po-Ebene und in der Toskana. 112 Tote wurden gezählt, und unermesslicher Schaden an Baudenkmälern und Kunstgegenständen, besonders in Florenz, entstand. Erfreulich war, dass die mit Unterstützung von Radio und Fernsehen in der Schweiz durchgeführte Geldsammlung einen Betrag von 3½ Millionen Franken zugunsten der Hochwassergeschädigten in Italien erbrachte. – Drei heftige Weststürme im Februar und März dieses Jahres trafen unsere Waldwirtschaft schwer. Nachdem schon vor wenigen Jahren enorme Föhnsturm- und Schneedruckschäden eingetreten waren, bedeuteten diese neuen Verheerungen eine weitere Schwächung unseres Waldbestandes.

* * *

Auch dieses Jahr soll wieder ein stichwortartiger Überblick über bemerkenswerte Begebenheiten in unserem Lande die Weltchronik abschliessen. Musste der Chronist vor einem Jahr über die Einstellung der Eisenerzgewinnung im Bergwerk am Gonzen im Kanton St. Gallen berichten, so ist er heute gezwungen, auch auf die Schliessung der letzten Eisenerzgrube in der Schweiz hinzuweisen, auf diejenige in Herznach im Fricktal. Auch hier war der Abbau nicht mehr wirtschaftlich. – Eine sehr unpopuläre Forderung erhob das Bundespersonal durch seine Beamtenverbände, indem, kaum war die Einführung der 44-Stunden-Woche erkämpft, Reallohnverbesserungen und mehr Ferien gefordert wurden. Der Bundesrat nahm die Begehren entgegen, erwähnte aber zu Recht, dass vorerst einmal genau abgeklärt werden müsse, in welchem Mass das Bundespersonal in letzter Zeit bereits bessergestellt wurde. Nicht nur die Arbeitszeitverkürzung zähle, sondern auch die Verbesserungen in der Pensionskasse, die Leistungen des Bundes in der Beschaffung von preisgünstigen Wohnungen und anderes mehr. Insbesondere bei der Post mehren sich die Klagen über Leistungsabbau bei gleichzeitiger massiver Tariferhöhung. Es ist ein offenes Ge-



*Frühjahrsstürme in der Schweiz*

Die Stürme hatten gewaltige Schäden in den Wäldern zur Folge. Oben ein Bild von den Verwüstungen.

Unten eine weitere Auswirkung dieser Stürme: Überfüllte Holzlager in den schweizerischen Papierfabriken.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

heimnis, dass die Gehälter der untern und teilweise auch der mittleren Bundesbeamten über denjenigen der Privatwirtschaft liegen, während in den oberen Klassen der Bund mit der Privatwirtschaft nicht mehr konkurrieren kann. Dort sollte wohl am ehesten der Hebel angesetzt werden, wenn man an eine Korrektur denkt. – Ein eigenartiges Licht auf unsern Strafvollzug warfen im Berichtsjahr die beiden Entweichungen der Terroristen und Brandstifter Hennin und Boillat aus einer Nervenklinik bzw. aus einer Strafanstalt. Beide konnten offenbar ohne grössere Schwierigkeiten nach Frankreich verschwinden. Ob es wirklich Zufall ist, dass ausgerechnet diese beiden Haupttäter aus der Zeit der Aktivität der «Force de la Libération du Jura» verschwinden konnten? – Den Abschluss des diesjährigen Berichtes soll die Meldung bilden, dass nun energisch an eine Totalrevision der Bundesverfassung herangetreten wird. Im Frühjahr 1967 wurde eine kleine Kommission bestellt, die einen Entwurf ausarbeiten soll. Sie steht unter dem Präsidium von alt Bundesrat Wahlen, und es gehören ihr die führenden Staatsrechtler unseres Landes an. Man darf auf das Resultat ihrer Arbeit mit Fug gespannt sein.